

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Stellungnahmen nehmen die Rundfunk und für Auslandstelefonen ein. — Erhältlich. Fernsprach-Anschluß Nr. 53.

Telegraphen: Auer Tageblatt. Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Poststempel-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 273 Donnerstag, den 24. November 1927

22. Jahrgang

Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 23. Nov. Die Vorbesprechungen zwischen dem Reichsminister des Innern Dr. Stresemann und dem Sonderbeauftragten der polnischen Regierung Jozkowski über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragverhandlungen sind zu einem Abschluß gekommen. Es ist im Laufe der Verhandlungen eine Einigung über die Grundlinien erzielt worden, die für die nunmehr wieder aufzunehmenden Delegationsverhandlungen gelten sollen. Das Ziel der Delegationsverhandlungen wird sein, so schnell wie möglich zu einer Aufsehung der beiderseitigen Wirtschaftsmaßnahmen zu kommen und dabei gleichzeitig Vereinbarungen zu treffen auf den Teilstücken, die auf Grund der früheren Verhandlungen abgeschlossen sind. Darüber, wer auf deutscher Seite die Verhandlungen leiten soll, wird das Reichskabinett heute eine Entscheidung treffen. An diese ersten Verhandlungen werden sich dann die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag anschließen. Gleichzeitig mit Beendigung dieser Verhandlungen sind auch die Verhandlungen über ein Holzausfuhrabkommen zum vorläufigen Abschluß gebracht worden. Deutschland wird

an Polen einige Kontingente für Schnittholz bewilligt; in jenem sollen also die bestehenden Einfuhrverbote aufgehoben werden. Polen wird zugestehen, daß die Erhöhung des Ausfuhrzolls für Mundholz unterbleibt. Außerdem sollen auf verschiedenen Gebieten die Einfuhrzölle fallen, so für Autos, Fahrräder und Uhren. Durch dieses Abkommen wird also schon ein Anfang mit dem Abbau der beiderseitigen Spannungen gemacht. Der Befindliche Kauscher reist noch heute nach Warschau. Es ist damit zu rechnen, daß der Vertrag noch diese Woche unterzeichnet wird.

Die Regierung der polnischen Holzausfuhr nach Deutschland.

Warschau, 23. Nov. Das gestern in Berlin paraphisierte Abkommen über die polnische Holzausfuhr nach Deutschland wird von der heutigen Presse mit großer Begeisterung aufgenommen. In sämtlichen Berliner Korrespondenzmitteilungen wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieses Abkommen als Auftakt zu einer deutsch-polnischen Wirtschaftsvereinbarung angeschen werden kann.

Wieder ein schweres Straßenbahnunglück in Kassel.

Kassel, 23. November. Hier hat sich wieder ein schweres Straßenbahnunglück ereignet. Wie wir erfahren, ist das Unglück dadurch verursacht worden, daß ein lastwagen fahrender Straßenbahnwagen der Herkulesbahn auf der stark abschüssigen Strecke infolge der Glätte in eine so rasende Fahrt geriet, daß er trotz aller Bremsversuche in einen auf der Haltestelle Neuholland haltenden, bergwärts bestimmten Wagen hineinführte. Beide Wagen wurden schwer beschädigt. Von den in dem haltenden Wagen befindlichen Kindern erlitten, soweit bis jetzt bekannt, neun Verletzungen leichter Natur. Auch das Fahrpersonal beider Wagen trug Verletzungen davon.

Besoldungsreform und Pensionäre.

Es werden drei Klassen gebildet.

Nach den Beratungen über die Besoldungsreform wird im Haushaltsausschuß des Reichstages auch die Versprechungen über die Aufbesserung der Bezüge der Pensionäre erfolgen. Trotz der Versprechungen, die die Regierungsparteien den Pensionären noch bis vor kurzem gemacht haben, werden sie, wie verlautet, die in der Regierungsvorlage vorgehene Neuregelung annehmen. Danach sollen die schon im Ruhestand befindlichen Beamten nur mit prozentualen Zusätzlen auf ihre bisherigen Pensionen bedacht werden, die aber an die Bezüge der Beamten, die nach dem Inkrafttreten der Vorlage pensioniert werden, lange nicht heranreichen.

Durch die Vorlage werden jetzt drei verschiedene Gruppen von Pensionären geschaffen. Die erste Gruppe besteht aus den Pensionären, die schon vor 1920 bei der Annahme der letzten Besoldungsreform pensioniert waren und damals nicht in die neue Ordnung mit eingruppiert worden sind. Die zweite Gruppe sieht sich dann aus denjenigen ehemaligen Beamten zusammen,

die nach dem Gesetz von 1920 pensioniert wurden, und die dritte Gruppe bilden schließlich die nach dem Inkrafttreten der jetzigen Vorlage pensionierten Beamten.

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß, wenn einmal der Beamte aus dem aktiven Dienst ausschied, alle Rechte und Pflichten des Staates über die damals gesetzlich erworbenen Pensionen entfallen. Sie hatte sich aber 1920 „aus Willigkeiten“ entschlossen, die damaligen Altpensionäre restlos in die neue Besoldung einzutragen, und sie will auch jetzt die Willigkeit durch die erwähnten prozentualen Zusätzlen nicht völlig entfallen lassen.

Die Pensionäre sind aber damit nicht einverstanden. Sie glauben einen Anspruch darauf zu haben, daß ihre Pensionen den wirtschaftlichen Verhältnissen, nach denen sich ja die Bezüge der Beamten richten, auch einigermaßen angepaßt werden müssen und ferner bei der fortwährenden Geldentwertung und Steuerung die Gleichstellung mit den Neupensionären.

Kleine Meldungen.

Berlin, 23. Nov. Der Reichspräsident hat heute den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele zum Vortrag empfangen.

Braunschweig, 22. Nov. Im Zusammenhang mit der Kabinettsskrise hat sich die Brauerei entschlossen, Belgien auf der Vorbereitenden Wirtschaftskonferenz in Genf nicht zu vertreten.

Moskau, 22. Nov. Die Abgeordnetenkammer hat der Ausdehnung der Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre ihre Zustimmung erteilt.

Völkerbund — Wirtschaftslage — Europa.

London, 23. Nov. In einem Aufsatz in der "Financial Times" schreibt Dr. Kurt Sorge (Mitglied des Deutschen Reichstages und ehemaliger Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie), die wirtschaftliche Lage der Welt und besonders Europas und Deutschlands sei sehr ernst. Aufgabe des Völkerbundes müsse es sein, durch Herstellung freundschaftlicher Beziehungen ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen den europäischen Ländern zu ermöglichen.

Bauausstellung in Berlin 1930.

Berlin, 23. November. Der Vertrag zwischen der Stadt Berlin und dem die 1930 beginnenden Dauerbauausstellung durchführenden Verein ist heute zwischen Vertretern des Magistrats und Verein zum Abschluß gebracht worden, nachdem über die noch offenen Fragen der Abrechnung der Ausstellungsbetriebe eine Einigung erzielt worden ist. Damit ist das Ausstellungsvorprojekt für Berlin gesichert.

Kabinettssitzung.

Berlin, 23. Nov. Das Kabinett wird sich, wie die Blätter erfahren, heute nachmittag mit laufenden Angelegenheiten beschäftigen. Die in verschiedenen Blättern gebrachten Meldungen, wonach der Kabinettssaal zur Vorbereitung der Verwaltungsreform am Montag Beschlüsse gefaßt haben soll, sind falsch. Dieser Ausschuß tritt erst morgen zusammen.

Das Todesvotum der englischen Arbeiterpartei.

London, 22. Nov. Im Unterhaus teilte Baldwin mit, daß der Arbeiterpartei am 29. d. M. Gelegenheit zur Aussprache über das von ihr in Verbindung mit der Lage in der Kohlenindustrie beantragte Todesvotum gegen die Regierung gegeben wird.

Ein Zusammentreffen Chamberlain - Litwinow in Genf?

London, 22. Nov. Die Tatsache, daß die Abwesenheit der russischen Delegation für die Beratungen des Vorbereitenden Wirtschaftsausschusses in Genf zeitlich mit der Unwesenheit Chamberlains in Genf zusammenfallen könnte, hat in einem Teil der Presse zu Mutmaßungen über die Möglichkeit eines Zusammentreffens zwischen Chamberlain und Litwinow zur Erörterung der englisch-russischen Lage im Sinne einer Wiederaufklärung diplomatischer Beziehungen geführt. In zuständigen Kreisen hält man es für wenig wahrscheinlich, daß die Lage sich bereits genügend entwickelt hat, um zu der Hoffnung zu berechtigen, daß britisch-russische Erörterungen zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt werden können. Daher scheint die Möglichkeit eines Zusammentreffens zwischen Chamberlain und Mitgliedern der russischen Delegation zum mindesten für sehr problematisch angesehen zu werden. Die englische Regierung erhebt allerdings keine grundlegenden Einwendungen gegen Verhandlungen mit Sovjetrussland und ist jederzeit bereit, russische Vorschläge zu beachten, die den Bedingungen entsprechen, die die britische Regierung von jeher als Grundlage eines erforstlichen Verhältnisses zur Sowjetregierung erklärt hat, und unter denen die Frage der Propaganda nicht die letzte Stelle einnimmt.

Moskau, 22. Nov. Die russische Delegation, die an den Tagungen der Vorbereitenden Wirtschaftskonferenz in Genf teilnimmt, ist heute unter Führung von Litwinow nach Genf abgereist.

Die deutsche Delegation.

Berlin, 22. Nov. Der Beginn der Beratungen der Vorbereitenden Wirtschaftskonferenz in Genf ist für Mitte nächster Woche angelegt worden. Deutschland wird auf dieser Konferenz wieder durch den Botschafter Grafen Bernstorff vertreten sein. Die deutsche Delegation, die Graf Bernstorff führt, besteht aus Generalrat Weizsäcker als Vertreter des Auswärtigen Amtes, Oberst von Bötticher als Vertreter des Reichswehrministeriums und Admiral Freiherr von Greifberg als Vertreter der Reichsmarineleitung.

Keine Unruhen in der Ukraine.

Moskau, 22. Nov. Die im Zusammenhang mit dem Abschluß Trotskis und anderer aus der Kommunistischen Partei erschienenen Meldungen aus rumänischen Quellen über angebliche sowjetfeindliche Unruhen in der Ukraine sind, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion mitteilt, höchstens Erfindungen, welche jeglicher Grundlage entbehren. Weder in der Ukraine noch sonst irgendwo in der Sowjetunion sind irgendwelche Unruhen vorgekommen.

0,6 Prozent für die Opposition.

Moskau, 22. Nov. "Pravda" meldet, daß seit dem 30. Oktober, dem Beginn der Vorlongerdisputation, bis zum 22. November in den verschiedenen Orten der Sowjetunion abgehaltenen Parteiversammlungen sich für die Linie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der SSSR. 555 520 Parteimitglieder ausgesprochen hätten, dagegen 3264 oder 0,6 Prozent.

Kerenki ist unbeliebt.

Paris, 22. Nov. Der ehemalige russische Ministerpräsident Kerenki hielt gestern in Lyon eine öffentliche Versammlung russischer Emigranten ab. Der überwiegende Teil der Versammlung bestand aber aus überzeugten Monarchisten. Wenn schon die Ausschreitungen Kerenkis von den Versammlungen mit wilden Protesten aufgenommen wurden, so stieg der Sturm auf seinen Redepunkt, als ein ehemaliger Gardeoberst, der jetzt in einer Lyoner Fabrik als Arbeiter tätig ist, "rennt" in den schärfsten Ausdrücken des Vaterlandesverrates bezichtigte. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, Kerenki vor Prügeln durch die wütende Versammlung zu schützen.

Borodin soll nach Kanton zurückkehren.

Peking, 22. Nov. Die Abwesenheit der Kantonspolitiker, die bekanntlich in Shanghai an der Konferenz mit Tschangkaisch teilnehmen, benutzen die Kommunisten dazu, um einen Sturm herbeizuführen. Es hat sich ein kommunistisches Komitee gebildet, dem Kumingjues vorsteht. Kumingjue, ein Freund Borodins, war früher politischer Berater der Regierung in Hankow. In den chinesischen Städten war heute das Gerücht von der Rückkehr Borodins verbreitet. Die Kantonspolitiker-Kongressbehörde hat daraufhin einen Befehl gegen Borodin erlassen.